



**Walter Serif** über die Lehren aus dem Radikalenerlass

## *Kretschmann ist befangen*

**W**orte des Bedauerns, eine indirekte Entschuldigung – aber keine Entschädigung für die Opfer des Radikalenerlasses.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat nach quälenden Monaten des Schweigens endlich auf die Heidelberger Studie reagiert, die die Landesregierung selbst in Auftrag gegeben hatte. Ob sich die Betroffenen mit den Ausführungen in Kretschmanns Brief zufrieden geben, wird der Ministerpräsident am 8. Februar erfahren – dann lädt er die Initiativegruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ in die Staatskanzlei ein. Das ist eine schöne Geste, aber schon der Name der Initiative zeigt, wie viel Zeit die Politik verplempert hat, um sich mit jenem düsteren Kapitel zu befassen. In den 1970er Jahren wurde ja praktisch eine ganze junge Generation unter den Generalverdacht des Linksextremismus gestellt.

Besonders schlimm wurde der Radikalenerlass im Südwesten umgesetzt. Dort durchleuchteten die Behörden mit blindem Eifer die Bewerber für den öffentlichen Dienst. Am Ende gab es nur 200 Berufsverbote. Die Mittel, die der Staat einsetzte, waren also völlig unverhältnismäßig, wie die Studie beweist, aus der Kretschmann ausführlich zitiert. Außerdem stand für die stramm konservative Landesregierung damals der Verfassungsfeind nur links.

Dass Kretschmann zwar angemessene Worte gefunden hat, aber leider eine Entschädigung ablehnt, liegt weniger daran, dass er Rücksicht auf den Koalitionspartner CDU nehmen will. Der Ministerpräsident fühlt sich in der Sache wohl befangen. Er war damals als Maoist selbst ein Opfer des Radikalenerlasses, hatte aber das Glück, dass ihm der staatliche Schuldienst nur für kurze Zeit verwehrt blieb. Vielleicht traut sich Winfried Kretschmann aus diesen persönlichen Gründen nicht, ohne Wenn und Aber zu sagen: Der Staat hätte den Radikalenerlass nie anwenden dürfen. Dadurch hat er bei vielen Menschen Vertrauen verspielt und den Opfern persönliches Leid zugefügt. Auch die „wehrhafte Demokratie“ rechtfertigt keinen Überwachungsstaat.